

SOZIALE ANTWORT AUF DIE **KOSTENEXPLOSION**

**MONATLICH 125€
FÜR JEDEN
HAUSHALT UND
50€ FÜR JEDES
WEITERE
HAUSHALTSMITGLIED**

Die Ampelkoalition im Bund hat bei Kompensationszahlungen die am meisten von Armut betroffenen Menschen im Land vergessen. Rentner:innen, Student:innen und Leistungsbezieher:innen sind von der Einmalzahlung ausgenommen. Wir fordern AUSKÖMMLICHE Entlastungszahlungen für ALLE - monatlich, zunächst für acht Monate.

Beispiel: 3-Personen-Haushalt



Die Einmalzahlung dient der Kompensation der Marktungleichungen und muss unabhängig von Lohn- und Gehaltszahlungen erfolgen, beispielsweise durch bei der Bank einlösbare Schecks.

ÜBERGEWINNSTEUER

Die Energiekonzerne haben sich durch Spekulationen in Folge des Krieges bereichert. Diese Krisenprofite müssen besteuert und zurückverteilt werden. So können allein in Deutschland mindestens 28 Milliarden Euro an die Gesellschaft zurückfließen.

ZUSATZKOSTEN DURCH GASMANGELLAGE AUS STAATSKASSE FINANZIEREN

Niedrige Einkommen haben längst keinen Spielraum mehr für höhere Energiepreise. Zusatzkosten durch Gasknappheit müssen deshalb solidarisch auf die gesamte Volkswirtschaft gewälzt und aus Steuermitteln finanziert werden.

STROM- UND GAS- SPERREN VERBIETEN, PREISDECKEL BEI ENERGIE

Die Versorgung mit Strom und Wärme ist Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand. Menschen in sozialer Not von der Versorgung abzuklemmen ist lebensgefährlich, inhuman und muss verboten werden. Die Preise für Strom und Gas müssen außerdem vom Markt entkoppelt werden. Ein Preisdeckel und eine Preisaufsicht müssen her!

MWST. FÜR GRUNDNAHRUNGS- MITTEL AUF 0%

Die Teuerungswelle ist in den Supermärkten angekommen. Die drastischen Preisanstiege bei den Energieträgern bedeuten Kostenanstiege im Groß- und Einzelhandel. Höhere Lebensmittelpreise treffen vor allem kleine und mittlere Einkommen, da sie einen höheren Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben als Spitzenverdienende. Wir sollten wie andere EU-Staaten die Änderung der Richtlinie für Mehrwertsteuern der EU nutzen und die wichtigsten Nahrungsmittel von der Steuer befreien.

STAATLICHE PREISAUFSICHT BEI GESAMTER LEBENSMITTELKETTE

Der gescheiterte „Tankrabatt“ hat gezeigt, dass Erleichterungen bei Verbrauchssteuern nicht zwangsläufig bei den Verbraucher:innen ankommen. Deshalb muss das Kartellrecht gestärkt werden und die Gesellschaft wirksame Mittel in die Hand bekommen, um Übergewinne abzuschöpfen und zu verhindern, dass sich Wirtschaftszweige auf Kosten der Allgemeinheit an der Krise weiter bereichern.

Details und ergänzende Forderungen, beispielsweise zur Sicherung kommunaler Unternehmen oder zur Finanzierbarkeit finden Sie in unseren Anträgen unter www.linksfraktion.de

DIE LINKE.

www.ralph-lenkert.de

V.i.S.d.P.: Ralph Lenkert • MdB • Schloßgasse 11 • 07743 Jena

NACHFOLGE FÜR 9-EURO-TICKET

Die enorme Auslastung von Bussen und Regionalbahnen nach Einführung des Neun-Euro-Tickets macht deutlich, wie hoch der Bedarf nach kostengünstigem öffentlichem Personenverkehr ist. Wir fordern eine dauerhafte Nachfolgeregelung für ein praktisches und sehr kostengünstiges Preismodell beim ÖPNV!

MOBILITÄTSGELD

Die Pendlerpauschale benachteiligt Geringverdienende. Wir fordern ein Mobilitätsgeld je Entfernungskilometer, das direkt von der Steuerschuld abgezogen und bei kleinen Einkommen direkt an Pendler:innen ausgezahlt wird.

DRINGEND ÖFFENTLICHEN VERKEHR AUSBAUEN

Es besteht ein riesiger Bedarf an der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser ist aber in großen Teilen des Landes gar nicht verfügbar. Das ist eine Benachteiligung der Menschen im ländlichen Raum. Der öffentliche Personenverkehr muss überall in angemessener Kapazität und Taktung verfügbar sein. Wir fordern mehr Regionalisierungsmittel für mehr Bahn- und Busverkehr insbesondere für die benachteiligten ostdeutschen Flächenländer.

TICKETPREISE IM FERNVERKEHR SENKEN

Der Fernverkehr der Bahn darf nicht länger Luxus für viele Menschen sein. Höhere Energiepreise und der CO₂-Preis dürfen hier keinesfalls zur Verteuerung der Fahrpreise führen. Im Gegenteil: Die Fahrpreise müssen runter!